

The logo for 'vbw' (Verband der Bayerischen Wirtschaft) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font on a dark blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Bernauer Neujahrsempfang der CSU Bernau-Hittenkirchen

Sonntag, 17.01.2016 um 11:00 Uhr

Yachten Meltl, Chiemseestraße 65, 83233 Bernau am Chiemsee

Neujahrsrede

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Jell,

Sehr geehrter Herr Hügel,

meine Damen und Herren,

vielen herzlichen Dank für die Einladung, beim Bernauer Neujahrsempfang der

- CSU,
- der Frauen-Union und der
- Jungen Union

Bernau-Hittenkirchen zu sprechen.

Ich will zunächst etwas zur aktuellen Lage der bayerischen Wirtschaft sagen, die sich derzeit insgesamt in einer guten Verfassung befindet.

Rückblick auf 2015

Das Jahr 2015 verlief gut.

Offizielle statistische Zahlen liegen aktuell nur bis Oktober 2015 vor. Auf Basis dieser Daten gehen wir davon aus, dass das bayerische Brutto-Inlandsprodukt – ebenso wie das bundesdeutsche – 2015 um **1,7 Prozent** gestiegen ist.

Das Wachstum der bayerischen Wirtschaft lag damit im bundesweiten Durchschnitt.

Die größten Konjunkturimpulse gingen im letzten Jahr vom Konsum aus. Davon profitierten die konsumnahen Branchen, wie das Hotelgewerbe, die Gastronomie und der Einzelhandel.

Etwas schwächer war der Produktionsanstieg in der Industrie mit 2,5 Prozent. Die Industrie wird durch die anhaltende Investitionsschwäche im Inland belastet.

Schwierig ist die Entwicklung in der bayerischen Bauindustrie. Hier ging die Produktion zurück. Grund dafür ist, dass sich der gewerbliche Hochbau und insbesondere der Tiefbau sehr schlecht entwickeln.

Sehr positiv lief es im Bau-Handwerk, weil der Wohnungsbau und die Gebäudesanierung spürbar wachsen.

Der Export entwickelte sich 2015 sehr differenziert: Rückläufig waren vor allem die Ausfuhren in viele Schwellenländer. Diese Rückgänge konnten aber dank kräftiger Exportsteigerungen vor allem in die USA und

nach Großbritannien mehr als kompensiert werden.

Ausblick 2016

Für 2016 erwarten wir, dass sich der moderate Anstieg des BIP in Bayern fortsetzt – auch wenn die Risiken zunehmen, wie

- die konjunkturelle Verlangsamung in den Schwellenländern, insbesondere die Situation in China,
- die schwierige Situation in Europa – etwa der Streit um den Umgang mit den Flüchtlingen und Griechenland
- sowie die wachsenden geopolitischen Krisen – ich nenne nur die Schlagworte Islamischer Staat, Syrien sowie die Ukraine.

Auch 2016 wird der private Konsum Wachstumsstütze bleiben.

Die Beschäftigung wird weiter zunehmen, aber etwas langsamer als im letzten Jahr.

Deshalb unsere Prognose: Die bayerische Wirtschaft wächst weiter, aber auch weiterhin mit angezogener Handbremse. Wir gehen davon aus,

dass das Wachstum in Bayern 2016 insgesamt bei **1,8 Prozent** liegen wird.

Scheinkonjunktur und Investitionsschwäche

Nüchtern betrachtet handelt es sich bei der guten wirtschaftlichen Situation aber um eine **Scheinkonjunktur**. Denn es treffen derzeit drei Sondereffekte zusammen, die alle drei positiv wirken:

- die niedrige Zinsen
- der schwache Euro, der gut für den Export ist und der
- niedriger Ölpreis.

Wie lange und wie stark sie noch wirken, werden wir sehen.

Zudem gilt:

Standort

Obwohl die Wirtschaft derzeit insgesamt gut dasteht, verliert Deutschland als Investitionsstandort an Bedeutung.

Die Musik spielt im Ausland. Dort wird investiert, dort entsteht Wertschöpfung.

Das ist ein schleichender Prozess, aber die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache:

- Das Bruttoanlagevermögen der Industrie in Bayern stieg seit 2000 um 14,4 Prozent,
- der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland hat sich hingegen in der gleichen Zeit verdreifacht.

Drei große Zukunftstrends

Gleichzeitig müssen die bayerischen Unternehmen derzeit drei Herausforderungen bewältigen:

- die Digitalisierung,
- die Internationalisierung und
- die Flüchtlingssituation.

Erstens: Die Digitalisierung.

Zentrales Ergebnis unserer vbw Studie „Bayerns Zukunftstechnologien“ ist: Die Digitalisierung durchdringt alle Technologiebereiche. Sie ist Motor und Treiberin für Innovationen und zukünftige Entwicklungen. Alles, was digitalisiert werden kann, wird auch digitalisiert werden!

Die unbequeme Wahrheit ist: Im Digitalisierungswettbewerb hinken Deutschland und Bayern oft noch hinterher – denken Sie an digitale Märkte wie die USA, China oder Japan.

Gefordert sind zunächst die Unternehmen selbst. Sie müssen sich eine individuelle Digitalisierungsstrategie geben, ihre eigene Organisation entsprechend umstrukturieren und neue Geschäftsmodelle überlegen.

Es stellt sich zudem die Frage, wie wir die Technologieförderung zukünftig ausrichten und eine neue Gründerkultur in Bayern schaffen.

Auch muss der Gesetzgeber dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten. Dazu zählt insbesondere eine hochleistungsfähige digitale Infrastruktur.

Der Breitbandausbau in Bayern macht gute Fortschritte. Der Freistaat schafft mit seiner Ausbaustrategie speziell für ländliche Räume den Anschluss an die digitale Zukunft.

Aber viele Unternehmen benötigen deutlich höhere Bandbreiten – und zwar in Zukunft immer

mehr. Deshalb fordern wir: flächendeckend 100 Mbit/s bis 2020.

Wir nehmen uns als Verbände aber auch selbst in die Pflicht: Deshalb haben wir ein Maßnahmenbündel aufgelegt, um die Digitalisierung in der bayerischen Wirtschaft weiter voranzutreiben: Dazu gehören Studien, Veranstaltungen und Services für Unternehmen.

Zudem hat der Zukunftsrat der bayerischen Wirtschaft, den wir ins Leben gerufen haben, als aktuelles Leitthema den „Digitalen Zukunftsentwurf“. Schwerpunkte sind dabei die Aspekte „Big Data“ und die „Digitalisierung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen.“

Digitales Rathaus

Im Übrigen – Herr Jell als 2. Bürgermeister von Bernau kennt das – betrifft die Digitalisierung auch die Rathäuser.

Der digitale Zugang für Unternehmen zum Rathaus ist heute zwar schon vielerorts möglich. Es gibt positive Beispiele – etwa die Stadt Rosenheim. Das online zugängliche

Leistungsspektrum ist aber oft noch überschaubar.

Laut unserer **vbw Studie „Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2014“** wünschen 61,7 Prozent der bayerischen Firmen einen verstärkten Ausbau von eGovernment. 2013 waren es erst 52,5 Prozent – Tendenz also deutlich steigend.

Die digitale Weiterentwicklung der Rathäuser hat viele Vorteile. Tatsache ist aber auch: Der Ausbau von eGovernment ist gar nicht so einfach.

Er ist für die öffentlichen Verwaltungen nicht nur ein technischer und finanzieller Kraftakt. Die Rathäuser müssen auch entscheiden, welche Projekte und Investitionen in den Augen von Bürgern und Firmen besonders sinnvoll sind.

Wir haben daher die vbw-Studie „Das digitale Rathaus“ erarbeitet. Sie nimmt die **Perspektive der Unternehmen** ein und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen, damit Bayern, seine Kommunen und seine Unternehmen zielgenau von der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen profitieren können.

Zur zweiten Herausforderung: die Internationalisierung. Die anfangs genannten geopolitischen Risiken machen sich bereits jetzt in unseren Exporten bemerkbar:

- So lagen die bayerischen Ausfuhren nach China von Januar bis Oktober 2015 um 10,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau.
- Die Ausfuhren nach Russland sind sogar um ganze 34,7 Prozent eingebrochen.

Allerdings konnten unsere Unternehmen dies bislang durch ein kräftiges Exportwachstum in andere Länder kompensieren.

Am stärksten fiel das Exportwachstum nach Großbritannien aus – die Ausfuhren legten in den ersten zehn Monaten 2015 um knapp ein Viertel gegenüber dem Vorjahr zu.

Auch das macht klar, was beim angekündigten Referendum der Briten auf dem Spiel steht!

Und die Exporte Bayerns in die USA – unserem größten Exportmarkt – sind im ersten Halbjahr um stolze 17,1 Prozent gestiegen.

Deshalb sagen wir: TTIP muss kommen!

Die Argumente der Gegner sind oft von irrationalen Ängsten getrieben und halten einer genaueren Betrachtung nicht stand.

Es ist zum Beispiel schlicht nicht wahr, dass an Qualitätsstandards oder der Lebensmittelsicherheit gerüttelt werden soll. Das ist gar nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Wir nutzen jede Gelegenheit, um hier Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten – zum Beispiel mit eigenen Veranstaltungen in allen bayerischen Regierungsbezirken, und auch auf „fremden“ Podien sind wir präsent.

Denn eines ist klar: Wenn wir auf dem globalen Markt bestehen wollen, brauchen wir Partner. Und wir müssen uns neue Märkte erschließen. Hier sind unsere Verbände sehr aktiv.

Zum Beispiel im Iran, wo nach dem Abkommen von Wien im Sommer letzten Jahres die Türen weit offen sind für einen intensivierten wirtschaftlichen Austausch.

Wir haben sofort reagiert und im Herbst 2015 in Teheran die „vbw Repräsentanz der Bayerischen Wirtschaft“ eröffnet. Sie soll Informations- und

Anlaufstelle für bayerische wie iranische Unternehmen sein.

Der Bedarf ist riesig. Und zwar gerade in den Bereichen, auf denen die bayerische Wirtschaft viel zu bieten hat – etwa im Maschinenbau, bei der Verkehrs- und Energieinfrastruktur oder der Luftfahrt. Davon konnte ich mich bei meinen Besuchen vor Ort selbst überzeugen. Jetzt wollen wir Brücken bauen für Bayerns Wirtschaft in den neuen iranischen Markt.

Flüchtlinge

Ich komme zur dritten und letzten Herausforderung: Der Flüchtlingsherausforderung

In kein Land kommen so viele Asylbewerber wie nach Bayern. Gleichzeitig geht niemand so vorbildlich mit der Lage um wie der Freistaat:

Die **bayerische Staatsregierung** hat schnell und unbürokratisch gehandelt:

- Sie stellt für Schulen und Berufsschulen die nötigen Kapazitäten bereit.
- Zudem leistet sie die nötige finanzielle Unterstützung für die Integration der Flüchtlinge.

- Und sie drängt völlig zu Recht darauf, dass der Flüchtlingsstrom deutlich reduziert, Asylverfahren beschleunigt und Personen aus sicheren Herkunftsländern schnell zurückgeschickt werden. Nur so haben wir genügend Ressourcen, um denjenigen zu helfen und zu integrieren, die aus der Not zu uns kommen.

Die **Kommunen im Freistaat** sind vielerorts am Anschlag – und trotzdem gewährleisten sie wie selbstverständlich eine mustergültige Behandlung der Flüchtlinge.

Die **Bevölkerung** ist extrem hilfsbereit. Nirgendwo zeigen ehrenamtliche Helfer einen so großen und professionellen Einsatz wie im Freistaat.

In dieser Situation ist es für uns selbstverständlich, dass auch wir als **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft** unseren Beitrag leisten.

Wir sehen unseren Teil der Verantwortung darin, möglichst viele Asylbewerber und Flüchtlinge mit

Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ich warne aber vor überzogenen Erwartungen, vor allem auf kurze Sicht. Die Arbeitsmarktintegration wird nicht einfach.

Zudem gilt: Nur wenn der Zustrom an Asylbewerbern durch entsprechende politische Entscheidungen deutlich reduziert wird, kann deren mittelfristige Arbeitsmarktintegration gelingen. Je höher die Flüchtlingszahlen, desto langwieriger wird die Integration

Im Oktober 2015 haben wir gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern im Freistaat eine Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ unterzeichnet.

Dabei haben sich die Unterzeichner dazu verpflichtet

- bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten und

- bis Ende 2019 60.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir wissen, dass diese Ziele nicht von alleine zu erreichen sind. Deswegen haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket, das aus insgesamt 12 Einzelprojekten besteht, aufgesetzt.

Die Projekte beinhalten Maßnahmen zur

- Berufsorientierung,
- Ausbildung und zur
- Integration in den Arbeitsmarkt.

Dabei werden passgenau für jede Altersgruppe und jede Zielgruppe die richtigen Instrumente bereitgestellt.

Elementarer Bestandteil bei allen unseren Maßnahmen ist der Spracherwerb. Denn ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache ist es schlicht unmöglich, auf unserem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Für diese Projekte zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt setzen wir insgesamt 6,7 Millionen Euro aus eigenen Mitteln der Verbände ein.

Was ist jetzt zu tun?

Meine Damen und Herren,

alle diese Mega-Herausforderungen machen deutlich, dass wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen.

Wir müssen uns auf die **Zukunft** konzentrieren.
Es gibt viel zu tun!

Infrastruktur

Der Ausbau- und Modernisierungsbedarf ist gewaltig. Von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern ist etwa der Ausbau des Münchner Flughafens.

Wir haben vor kurzem eine Studie vorgelegt. Sie belegt die positiven Effekte eines leistungsfähigen internationalen Flughafens für ganz Bayern:

Rund ein Prozent der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze in Bayern hängen vom Flughafen ab. Schon heute ist der Münchner Flughafen in mehr als der Hälfte des Tages überlastet.

Und der Bedarf wird weiter wachsen – bei den Bürgern ebenso wie bei der Wirtschaft. Um die Fertigstellung bis Ende des Jahrzehnts zu

erreichen, muss jetzt der Beschluss zum Ausbau fallen.

Entbürokratisierung

Zudem müssen wir an der Entbürokratisierung weiter dran bleiben. Hier erleben wir derzeit völlig gegenläufige Entwicklungen. In Bayern wird mit Erfolg entbürokratisiert:

- Seit dem Jahr 2000 sind gut ein Drittel der bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen worden
- Die Zahl der Verwaltungsvorschriften wurde um gut die Hälfte reduziert.

Und das geplante Bürokratieentlastungsgesetz ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig werden in Berlin munter weitere Bürokratiemonster geschaffen:

- Aufzeichnungs-, Kontroll- und Nachweispflichten beim Mindestlohn,
- Berichtspflichten bei der Frauenquote,
- Auskunftspflichten durch das geplante Entgeltgleichheitsgesetz, und
- Mehraufwand durch die Einführung des Elterngeld plus.

Auch auf EU-Ebene setzt sich die Bürokratielawine fort – denken Sie nur an die neuen Berichtspflichten bei der Corporate Social Responsibility. Unternehmen müssen haarklein aufschlüsseln, wie sie gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen – und in welchen von der Politik definierten Bereichen.

Das alles hemmt die unternehmerische Aktivität. Hohe Bürokratiekosten führen dazu, dass Firmen auf die Einstellung von Mitarbeitern, auf Bauvorhaben und auf Neuinvestitionen verzichten.

Ließe sich nur ein Teil der Bürokratiekosten einsparen – was wäre das für ein gigantisches Konjunkturprogramm.

Wir brauchen etwa

- die Erweiterung der Zuständigkeit des Normenkontrollrats auf Verordnungen,
- die Befristung von bestimmten Normtypen und
- eine ex-post-Evaluierung möglichst aller Gesetze.

Zudem fordern wir mehr Möglichkeiten zu Pauschalierungen – im Steuer-, Arbeits- und

Sozialrecht! Der Versuch, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen, hat zu einem Dickicht an Detailregelungen geführt, die mehr Unsicherheit als Rechtssicherheit schaffen.

Keine weiteren Belastungen für die Wirtschaft

Des Weiteren gilt: Es muss endlich Schluss sein mit weiteren Belastungen für die Wirtschaft. Im Gegenteil: Die Unternehmen brauchen Flexibilität:

- Entgeltflexibilität (*erfolgsabhängige Lohnbestandteile*)
- Arbeitszeitflexibilität (*Anpassung an die Auftragslage*)
- Personalflexibilität (*Zeitarbeit, Befristung, etc.*)
- Wertschöpfungsflexibilität (*Werkverträge, Outsourcing*)

Doch im Arbeitsministerium in Berlin wird genau das Gegenteil geplant.

Arbeitsministerin Andrea Nahles hat uns nicht nur den Mindestlohn beschert, der Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte und Arbeitslose vernichtet und bei den Unternehmen eine Bürokratielawine losgetreten hat.

Zudem plant sie die Eingrenzung von Zeitarbeit und Werkverträgen. Das bedeutet: Weniger Flexibilität sowie mehr Regulierung.

Die Wirtschaft wird künftig noch arbeitsteiliger und differenzierter werden. Das heißt, der Bedarf an Werk- und Dienstverträgen nimmt zu. Deshalb sind die von Frau Nahles vorgelegten Regelungen für uns völlig inakzeptabel.

Positiv werten wir, dass von Unionsseite inzwischen offen Widerstand gegen die Pläne kommt. Insbesondere von Seiten der CSU. Aber auch die Kanzlerin hat sich kürzlich zu Wort gemeldet und die Vorschläge des Arbeitsministeriums kritisiert. Das lässt hoffen.

Weitere Belastungen darf es auch nicht bei den Lohnzusatzkosten für die Arbeitgeber geben.

Viele Krankenkassen haben die von den Arbeitnehmern zu zahlenden Zusatzbeiträge zu Jahresbeginn angehoben.

Forderungen, den Arbeitgeberanteil bei der Gesetzlichen Krankenversicherung ebenfalls anzuheben, kann ich nicht nachvollziehen. Die Unternehmen schultern nach wie vor einen deutlich höheren Anteil an der Finanzierung der Gesundheitskosten als die Arbeitnehmer. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird

beispielsweise komplett von Arbeitgeberseite getragen. Allein dieser Posten belief sich 2014 auf 43,5 Milliarden Euro.

Es gilt: Die Politik der sozialen Wohltaten – neben den Leistungsausweitungen für Gesundheit und Pflege wurde zudem Rente mit 63 eingeführt – kann so nicht weitergehen.

Stattdessen braucht es sowohl in der Pflege- als auch in der Krankenversicherung eine stärkere private Finanzierung und mehr Wettbewerb.

Wenn wir über steigende Belastungen reden, gehören dazu auch die Strompreise. Die deutschen Industriestrompreise haben eine kritische Höhe erreicht. Zwar fallen die Börsenpreise, dafür treiben staatlich veranlasste Steuern, Abgaben und Umlagen den Strompreis immer weiter in die Höhe.

Wir fordern deshalb eine Strompreisbremse. Der Strompreis muss begrenzt und mittelfristig auf das Niveau vergleichbarer Industriestaaten gesenkt werden. Das kann durch absenken (*oder gar streichen*) der Stromsteuer oder über die von uns

geforderte Deckelung der EEG-Umlage
geschehen – etwa über einen Streckungsfonds.

Erbschaftsteuerreform

Auch das Thema Erbschaftsteuerreform möchte ich hier noch kurz ansprechen. Erfolgreiche Familienunternehmen sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Der vom Finanzministerium vorgelegte Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform ist nicht akzeptabel.

Insbesondere der geplante Zugriff auf das Vermögen des Erben ist sehr kritisch zu beurteilen. Zudem gibt es etliche Details, die den Entwurf teils sogar grundlegend in Frage stellen – wie etwa die Abgrenzung begünstigten Vermögens und die Bewertung nicht begünstigten Vermögens. Wir sind sehr froh darüber, dass die CSU Seit‘ an Seit‘ mit uns hier für massive Nachbesserungen eintritt.

Am kommenden Freitag haben wir Finanzminister Wolfgang Schäuble bei uns in München zu Gast. Diese Gelegenheit werden wir auch dazu nutzen, ihn auf die Schwächen seines Erbschaftsteuerreform-Vorschlags hinzuweisen und Nachbesserungen einfordern.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft ist gut aufgestellt und erfolgreich. Das ist die Folge von harter Arbeit und der Bereitschaft der Unternehmen, täglich den Wettbewerb anzunehmen und Höchstleistungen zu vollbringen.

Politik und Gesellschaft dürfen sich von dem wirtschaftlichen Erfolg aber nicht einlullen lassen.

Es gibt weiterhin viel zu tun, um den Wirtschaftsstandort Bayern am Laufen zu halten und den Erfolg und den Wohlstand langfristig zu sichern. Wenn Staat, Wirtschaft und Sozialpartner das Richtige tun, können wir auf Erfolgskurs bleiben: Wettbewerbsfähig, zukunftsfähig, erfolgreich. Davon bin ich überzeugt.